

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 28. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 228

Foto: dpa/jörg Carstensen

Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Weltoffen mit Eierschecke

René Heilig fragt, was es in Dresden denn zu feiern gibt.

Dresden – das sind 50 Museen, 60 Galerien und über 30 Theater. Staatskapelle, Philharmonie und Kreuzchor haben Weltgeltung. Frauenkirche, Zwinger, Sixtinische Madonna – geht mehr sinnliches Vergnügen und intellektueller Genuss in einer einzigen Stadt? Zu jeder Tages- und Jahreszeit können Gäste aus aller Welt nach Herzenslust die Offenheit der sächsischen Landeshauptstadt genießen. Es gibt eine Fabrik aus Glas, 4.0-Innovationen, eine Uni forscht in die Zukunft.

Ja, das alles ist Dresden. Doch allenfalls die halbe Wirklichkeit. In der Elbmetropole explodieren Bomben, gelegt gegen Andersgläubige und als Drohung gegen Demokraten. In Dresden und in Orten ringsum werden Flüchtlinge gehetzt. So wie jene, die ihnen mit menschlichsten Motiven Freundlichkeit und Obdach bieten. In Dresden rotten sich »besorgte Bürger« zusammen, skandieren »Ausländer raus« und »Lügenpresse«. Sie geben sich verängstigt und sind im Rudel doch stark genug, Nachbarn, die anders denken und fühlen, einzuschüchtern. Sie behaupten, das Volk zu sein – und zum Teil sind sie es ganz sicher auch.

Dresden will den Tag der deutschen Einheit feiern. Stellvertretend für die ganze Republik. Gibt es Grund dazu? Falls ja, welches Dresden, welche Republik will man präsentieren? So lendenlahm wie die Landesregierung agiert und Rassismus und Gewalt gedeihen ließ, reicht Weltoffenheit gerade noch bis zu Bier und Eierschecke. Beides soll Heuchlern wie Hetzern im Halse stecken bleiben.

UNTEN LINKS

Da haben die Hauptstädter aber noch mal Glück gehabt. Nein, er will nicht nach Berlin, gab Markus Söder jetzt bei der Bildzeitung zu Protokoll – und in der ihm eigenen Bescheidenheit fügte er hinzu: Selbst wenn der Bundespräsident frei wäre, würde er nicht München verlassen. Es grenzt schon an Impertinenz, mit der der Finanz- und Heimat-schutzminister seinem Chef Seehofer Paroli bietet. Der möchte offenbar seinen Kronprinzen auf gebührenden Abstand von der bayerischen Staatskanzlei halten und hatte im CSU-Vorstand Anfang September gefordert, dass die besten Leute 2017 nach Berlin gehen müssten – was seiner Partei bislang tatsächlich nicht immer optimal gelungen war. Söders Begründung zur Absage ist wirklich Klasse. Was sei schließlich irgendein Fest in Kreuzberg gegen das Oktoberfest. Da hat der Mann ein wahres Wort gelassen ausgesprochen. Während er alle Jahre auf der Wiesn gefeiert wird, würden sie ihn in Kreuzberg schlicht nicht reinlassen. oer

Aleppo – Kampf an allen Fronten

Syriens Armee beginnt nach weiteren Luftangriffen Bodenoffensive auf Rebellen



Straße in Qaterji, einem von Rebellen gehaltenen Ort nahe Aleppo, am Sonntag nach einem Luftangriff

Foto: Reuters/Abdallah Ismail

Aleppo. Syrische Regierungstruppen haben am Dienstag nach Angaben der Militärführung mit einer Bodenoffensive auf die einstige Millionenstadt Aleppo begonnen. Ziel von Angriffen der syrischen, noch mehr aber von der mit ihr verbündeten russischen Luftwaffe sind besonders die von Rebellen gehaltenen Ostbezirke der Stadt sowie einige verbliebene Pfade, auf denen Lebensmittel, aber auch frische Kämpfer und Waffen zu den Regierungsgegnern gelangen könnten.

Offiziell gilt Ost-Aleppo als abgeriegelt. Eingeschlossen mit den Milizionären sind auch etwa eine Viertelmillion Zivilisten. Für sie gilt

die Möglichkeit eines freien Abzugs, von dem bislang wenig Gebrauch gemacht wurde. Ob dies aus Angst vor Repressalien durch die Armee bzw. Gegnerschaft zur Regierung passiert oder aber weil, wie Damaskus erklärt, die Rebellen die Zivilisten als lebende Schutzschilde missbrauchten, ist die große Streitfrage. Sie hat auch die zuletzt in der Syrien-Frage erstaunlich gut kooperierenden Großmächte Russland und USA wieder auf Konfrontationskurs zueinander gehen lassen.

Russland sieht sich wegen seiner Parteinahme für den syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad und besonders der Bom-

benangriffe auf Aleppo an der diplomatischen Front heftigster Kritik ausgesetzt. Auch aus Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am Dienstag in Berlin im Beisein des malaysischen Premierministers Najib Razak, die brutale Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Aleppo sei »absolut nicht akzeptabel«.

Unterdessen klagen syrische Flüchtlinge in Deutschland gegen den ihnen von Amts wegen zugeordneten Status. Es geht um den sogenannten subsidiären Schutz, verbunden mit einer Aufenthaltsberechtigung von einem Jahr – statt drei Jahren bei vollem Flüchtlingsstatus. roe Seite 3

Bombenanschläge in Dresden

Sprengsätze detonieren vor Moschee und Kongresszentrum / LINKE warnt vor rechter Radikalisierung

In Dresden sind am Montag vor einer Moschee und dem Kongresszentrum zwei Sprengstoffanschläge verübt worden. Die Polizei geht von einem fremdenfeindlichen Motiv aus.

Von Robert D. Meyer

Am Ende kann es auch ein Zufall sein, doch die Parallelen springen ins Auge: Als am Montag gegen 22 Uhr vor einer Moschee im Dresdner Stadtteil Cotta ein selbstgebaute Sprengsatz explodiert, da ist es auf die Stunde genau 36 Jahre her, dass auf dem Münchner Oktoberfest die Rohrbombe des Neonazis Gundolf Köhler 13 Menschen tötete und 211 weitere verletzte. Der Anschlag auf das Gebetshaus der türkisch-islamischen Religionsgemeinschaft Diti geht zum Glück glimpflich aus: Der Imam und seine Familie, die sich zum Tatzeitpunkt in dem unscheinbaren Gebäude aufhielten, bleiben unverletzt. Kurz nach der

ersten Detonation erhält die Polizei die Meldung von der Explosion eines weiteren Sprengsatzes: Betroffen ist das in direkter Nachbarschaft zum Sächsischen Landtag liegende Kongresszentrum.

»Beide Anschläge stehen zeitlich im Zusammenhang. Auch wenn uns bislang kein Bekennerschreiben vorliegt, müssen wir von

»Das ist der Gipfel einer seit Monaten weithin unbremsten Radikalisierung von Rechts.«

Kerstin Köditz (LINKE)

einem fremdenfeindlichen Motiv ausgehen«, erklärt Dresdens Polizeipräsident Horst Kretzschmar. Auch deshalb hat die Generalstaatsanwaltschaft Dresden am Dienstag die Ermittlungen über-

nommen. Am Kongresszentrum soll am Montag ein Teil der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit stattfinden.

Zum gleichen Datum findet nicht nur der Tag der offenen Moschee statt, sondern ist in der Elbmetropole ein Aufmarsch des islamfeindlichen Pegida-Bündnisses geplant. Nur knapp zwei Stunden vor den Explosionen war die rassistische Gruppierung noch durch die Innenstadt marschiert. Nicht nur die Moschee in Cotta war bereits mehrfach Ziel rechter Attacken. Sachsen bildet bundesweit einen Schwerpunkt bei Anschlägen auf islamische Gotteshäuser.

Bundesweit zählte das Bundeskriminalamt von 2001 bis März 2016 insgesamt 416 Attacken auf muslimische Einrichtungen. Ganz vorn, auf Platz vier, liegt Leipzig, wo der Bau einer Moschee seit Jahren auf den Widerstand rechter Gruppen stößt. »Das ist der Gipfel einer seit Monaten weithin unbremsten Radikalisierung von

Rechts, die sich insbesondere im Raum Dresden beobachten lässt«, sagte die sächsische LINKEN-Politikerin Kerstin Köditz.

Die Innenpolitikerin spielte dabei auch auf das Gerichtsverfahren in München gegen die Neonazigruppe Oldschool Society an, die Anschläge auf Flüchtlinge und Moscheen geplant haben soll. Die Rechtsradikalen waren auch in Sachsen aktiv, eine der vier Angeklagten ist aus Freital. Seite 5

Lesen Sie heute im Ratgeber

Zum Kurzbesuch einer Tagespflegeeinrichtung

Das Mietrecht über die Einbauküche

Bewerbungskosten sind steuerlich absetzbar

Amnesty: Ungarn misshandelt Geflüchtete

Menschenrechtler prangern Schüren von Ängsten vor Referendum an

Budapest. Wenige Tage vor dem Flüchtlingsreferendum in Ungarn hat Amnesty International der Regierung in Budapest vorgeworfen, Asylsuchende »vorsätzlich« zu misshandeln. Hunderte Flüchtlinge seien in Ungarn Opfer von körperlicher Misshandlung, illegaler Zurückweisung an der Grenze oder unrechtmäßiger Inhaftierung geworden, erklärte die Menschenrechtsorganisation am Dienstag. Vor der Volksabstimmung über die Verteilung von Flüchtlingen in der EU schüre die rechtskonservative Regierung zudem gezielt Ängste in der Bevölkerung.

Amnesty International hat für den Bericht nach eigenen Angaben 129 Flüchtlinge in Serbien, Ungarn und Österreich befragt. Menschen, die in den sogenannten Transitzonen an der ungarisch-serbischen Grenze festgehalten wurden, berichteten demnach, sie seien dort »geschlagen, getreten und von Hunden gejagt worden«. AFP/nd

London verteidigt NATO vor der EU

Verteidigungsminister in Bratislava

Berlin. Nach der Entscheidung der Briten für einen EU-Austritt plant die EU eine verstärkte Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland und Frankreich haben dazu bereits vor Tagen Vorschläge unterbreitet, die am Dienstag beim informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister in Bratislava diskutiert wurden. Sie sehen unter anderem die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers für Auslandseinsätze, die Schaffung eines gemeinsamen Sanitätskommandos, einen verbesserten Lufttransport, die Entwicklung von Drohnen sowie andere Rüstungskoperationen vor. Das ausstiegswillige Großbritannien nahm noch an dem Treffen teil. Londons Verteidigungsminister Michael Fallon hatte zuvor betont: »Wir werden weiterhin gegen jede Idee einer EU-Armee oder eines EU-Armeehauptquartiers sein.« Aus britischer Sicht könne eine Duplizität nur die NATO untergraben, die aber »der Grundpfeiler der Sicherheit Europas« bleiben müsse. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg widersprachen indirekt. nd

Clinton beim ersten TV-Duell vor Trump

Hitzige Debatte mit 100 Millionen Fernsehzuschauern in den USA

Hempstead. Es war eines der größten politischen TV-Ereignisse der vergangenen Jahre mit 100 Millionen Zuschauern allein in den USA und mit einer überraschend klaren Siegerin: Hillary Clinton (68) hat das erste direkte Fernsehduell der US-Präsidentschaftskandidaten gegen ihren Konkurrenten Donald Trump (70) für sich entschieden. Nach einer teils hitzig geführten, über 90 Minuten langen Debatte wirkte die Bewerberin der Demokraten für die meisten Beobachter abgeklärter und inhaltlich besser vorbereitet. Eine erste Blitzumfrage des Senders CNN sah sie mit 62 Prozent vorn; den Republikaner sahen nur 27 Prozent der Befragten als Gewinner. Trumps Lager beanspruchte den Sieg für sich und verwies dabei auf eine informelle Internet-Umfrage des Senders CNBC. Inhaltlich gerieten beide unter anderem bei Themen wie dem Kampf gegen den internationalen Terror, dem Außenhandel, Steuern, Arbeitsmarkt, Sexismus und Integration der afroamerikanischen Minderheit aneinander. Agenturen/nd Seiten 4 und 8

